



## Niederschrift

### 67. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 15.11.2017  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:16 Uhr  
**Ort, Raum:** R. 280 a, Stadthaus

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

##### Ausschussmitglieder

Herr Arndt Sändig	DIE aNDERE	Teilnahme ab 17:05 Uhr
Frau Birgit Müller	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:00 Uhr
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Herr Peter Schultheiß	SPD	
Herr Kai Weber	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	Teilnahme ab 17:05
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dennis Hohloch	AfD	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr David Kolesnyk	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Götz Thorsten Friederich	CDU/ANW	Teilnahme ab 17:05 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt
Herr Marcus Krause	SPD	entschuldigt
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

#### Schriftführer:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen  
vom 11.10.2017 und vom 01.11.2017
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1 Mustergesellschaftsvertrag  
Vorlage: 17/SVV/0037  
Fraktion DIE LINKE
- 3.2 Mustergesellschaftsvertrag  
Vorlage: 17/SVV/0763  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 3.3 Potsdam seniorengerecht gestalten  
Vorlage: 17/SVV/0452  
Fraktion CDU/ANW
- 3.4 Sicherheitspartnerschaft in Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0637  
Fraktion CDU/ANW
- 3.5 Information über den aktuellen Stand der kommunalen Kriminalitätsprävention  
gemäß Beschluss: 16/SVV/0719  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 3.6 Modellversuch zum intensivierten Einsatz zufallsbasierter Verfahren in der  
Bürgerbeteiligung  
Vorlage: 17/SVV/0863  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
  
- 4.1 Touristischer Marketingplan 2018  
Vorlage: 17/SVV/0854  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.2 Berichterstattung zum Stand der Umsetzung der Tourismuskonzeption 2025  
Vorlage: 17/SVV/0856  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.3 Schulentwicklungsplanung - 8. Sachstandbericht  
Vorlage: 17/SVV/0865  
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport
  
- 5 Sonstiges

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des nicht öffentlichen Teils der Sitzungen vom 11.10.2017 und vom 01.11.2017
- 7 Betrieb eines Fachberatungsdienstes Migrationssozialarbeit für die Landeshauptstadt Potsdam und der Stadt Brandenburg an der Havel  
Vorlage: 17/SVV/0862  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 8 Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) und im Wohnungsverbund (WVB)  
Vorlage: 17/SVV/0864  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Angelegenheiten städtischer Unternehmen
- 9.2 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH - Wirtschaftsplan 2018 der Potsdam Marketing und Service GmbH (PMSG)  
Vorlage: 17/SVV/0855  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 10 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 11.10.2017 und vom 01.11.2017**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

#### **Zurückzustellen sind:**

- der Tagesordnungspunkt 3.1, Mustergesellschaftsvertrag, DS 17/SVV/0037
- der Tagesordnungspunkt 3.2, Mustergesellschaftsvertrag, DS 17/SVV/0763

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 65. Sitzung des Hauptausschusses vom 11.10.2017 wird mit Stimmenmehrheit, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 66. Sitzung des Hauptausschusses vom 01.11.2017 wird mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Mustergesellschaftsvertrag Vorlage: 17/SVV/0037 Fraktion DIE LINKE**

**zurückgestellt**

#### **zu 3.2 Mustergesellschaftsvertrag Vorlage: 17/SVV/0763 Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung**

**zurückgestellt**

#### **zu 3.3 Potsdam seniorengerecht gestalten Vorlage: 17/SVV/0452 Fraktion CDU/ANW**

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Er erläutert die Voten der Fachausschüsse: der Ausschuss für Bildung und Sport habe den Antrag zur Kenntnis genommen, der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung erklärte sich für nicht zuständig. Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion habe dem Antrag in einer neuen Fassung zugestimmt und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr habe der Fassung des Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion mit weiteren Änderungen zugestimmt. Diese Änderungen wurden in Form einer Tischvorlage an die Mitglieder des Hauptausschusses ausgereicht. Der Oberbürgermeister bittet Herrn Finken, die neue Fassung kurz zu erläutern.

Herr Finken bringt den Antrag in der neuen Fassung vom 15.11.2017 ein:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
die Erkenntnisse und Empfehlungen:*

- *des 7. Altenberichts der Bundesregierung, mit dem Schwerpunktthema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune– Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“;*
- *des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie*
- *Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren Organisationen werden in den Potsdamer Seniorenplan eingearbeitet.*

*Die Änderungen und Ergänzungen sind bis Dezember 2018 darzustellen.*

**Begründung:**

*Der auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam veröffentlichte Seniorenplan 2016 hatte im Juli 2016 Redaktionsschluss. Er ist gem. DS 17/SVV/0631 Grundlage für den derzeit in Arbeit befindlichen "Aktionsplan Senioren" und sollte daher auf den aktuellen Stand gebracht werden.*

Er erklärt, dass der Antrag inhaltlich mit der Version des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion übereinstimme und die Änderung darin bestehe, das Teile der Begründung in den Antragstext verschoben wurden.

Frau Dr. Schröter erklärt, das die Inhalte der Tischvorlage eigentlich bereits mit dem Standardverfahren abgedeckt seien und hinterfragt, ob der Antrag nicht bereits durch Verwaltungshandeln erledigt sei. Herr Finken entgegnet darauf, dass der Antrag nicht durch Verwaltungshandeln erledigt sei, da noch kein Ergebnis vorliege und möchte die Neufassung weiterhin zur Abstimmung stellen.

**Antrag zur Geschäftsordnung:**

Frau Dr. Schröter, Fraktion DIE LINKE, beantragt die Erledigung durch Verwaltungshandeln festzustellen.

**Abstimmung:**

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,  
bei 4 Ja-Stimmen.

Im Anschluss wird die Vorlage in der neuen Fassung vom 15.11.2017 zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die folgende neue Fassung zu beschließen:

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Erkenntnisse und Empfehlungen:**

- **des 7. Altenberichts der Bundesregierung, mit dem Schwerpunktthema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune–Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“,**
- **des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie**
- **Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren Organisationen werden in den Potsdamer Seniorenplan eingearbeitet.**

**Die Änderungen und Ergänzungen sind bis Dezember 2018 darzustellen.**

**Abstimmungsergebnis:**

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,  
bei 5 Stimmenthaltungen.

**zu 3.4 Sicherheitspartnerschaft in Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0637**

Fraktion CDU/ANW

Herr Finken bringt den Antrag der Fraktion CDU/ANW ein. Er erklärt, dass Sicherheitspartnerschaften aus ausschließlich ehrenamtlich handelnden Bürgern bestehen würden. Aktuell gebe es mit Groß Glienicke und der Kolonie Daheim nur 2 Sicherheitspartnerschaften in Potsdam. Mit dem Antrag soll die Stadt eine positive Stellung beziehen und die Wertschätzung der dort tätigen Bürger zum Ausdruck gebracht werden. Auch die Polizei würde diese Form der Unterstützung begrüßen.

Herr Schüler spricht sich ebenfalls dafür aus, den ehrenamtlich Arbeitenden Wertschätzung zukommen zu lassen. Jedoch würde mit der Formulierung „Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam begrüßt“ der Eindruck erweckt, die staatliche Aufgabe der Sorge für die Sicherheit werde den Bürgern überlassen. Aus diesem Grund könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Dr. Müller räumt ein, dass die Idee der Sicherheitspartnerschaft bereits in Punkt 3 der kommunalen Kriminalitätsprävention aufgenommen sei. Die Stadt befasse sich schon seit längerem mit Sicherheitspartnerschaften und die bestehenden Partnerschaften würden auch gut unterstützt werden.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister den Antrag zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

**Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam begrüßt und unterstützt die Bildung von Sicherheitspartnerschaften im Bereich der Landeshauptstadt Potsdam gem. Erlass des Brandenburgischen Innenministers „Sicherheitspartner des Landes Brandenburg im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention“ (in Kraft getreten zum 01.06.2017).**

**Abstimmungsergebnis:**

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,  
bei 4 Gegenstimmen  
und 3 Stimmenthaltungen.

**zu 3.5 Information über den aktuellen Stand der kommunalen Kriminalitätsprävention gemäß Beschluss: 16/SVV/0719**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Leiter des Fachbereichs Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, beginnt den Tagesordnungspunkt mit einer Präsentation über den aktuellen Stand der kommunalen Kriminalitätsprävention, Verknüpfungspunkte zwischen der Polizeiinspektion und der Stadtverwaltung, Themen der Präventionsveranstaltung der Polizeiinspektion Potsdams und Sicherheitspartnerschaften. Insbesondere betont er dabei die positive Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Potsdam.

Frau Dr. Schröter begrüßt die Form der Präsentation und bittet darum, diese als Anlage an die Niederschrift beizufügen, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Herr Jetschmanegg ergänzt, dass geplant sei, den momentanen Stand, z.B. in Form eines Videos oder Ähnlichem, bildlich darzustellen und zu präsentieren. Außerdem möchte er die Bürger, die im Rahmen der Sicherheitspartnerschaften ehrenamtlich aktiv waren, zu dieser Präsentation einladen.

Herr Finken sieht den Vorschlag als pragmatisch und zielführend an. Die weitere Entwicklung solle beobachtet und gegebenenfalls nach festgelegten Schwerpunkten ergänzt werden.

Der Oberbürgermeister fasst zusammen, dass die nächste Berichterstattung der Polizei zur Kriminalstatistik um die Schwerpunkte der kommunalen Kriminalprävention ergänzt werden solle.

Auf Nachfrage von Frau Müller, wer diese Schwerpunkte festlege, antwortet der Oberbürgermeister, dass diese vom Hauptausschuss festgelegt werden würden.

Anschließend wird der Verfahrensvorschlag zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

### zu 3.6 **Modellversuch zum intensivierten Einsatz zufallsbasierter Verfahren in der Bürgerbeteiligung**

**Vorlage: 17/SVV/0863**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jonas von der WerkStadt für Beteiligung eröffnet den Tagesordnungspunkt mit einer Präsentation zum Beteiligungspool. Inhalt der Präsentation sind u. a. Eckdaten zum Modellversuch, der Weg zum Aufbau eines Beteiligungspools und die Vorteile eines solchen. Er hebt besonders hervor, dass es sich hierbei um einen Modellversuch handelt und dieser Versuch keine Universallösung darstellen solle.

Herr Schüler spricht sich für den Modellversuch aus, ist jedoch der Meinung, dies werde die „Schlagseite“ des Teilnehmerfeldes an Bürgerbeteiligungsverfahren nicht bzw. nur wenig ausgleichen. Immer dort wo Bürger sich nach ihrem persönlichen Interesse beteiligen, sei es nicht möglich ein ausgeglichenes, zufälliges Teilnehmerfeld zu erzeugen.

Herr Weber hinterfragt, welche Kriterien für die Erfolgskontrolle in diesem Modell vorgesehen seien und ob die Evaluierung von der WerkStadt für Beteiligung selbst durchgeführt werde. Er merkt weiter hin an, dass eine Fachtagung im Mai wegen fehlender Beteiligung abgesagt werden musste, und erkundigt sich danach, ob ein Ersatztermin für diese Veranstaltung in Planung sei.

Herr Jonas erklärt, dass die Evaluierung von einer Forschungspraktikantin durchgeführt werde, welche diese als ihre Masterarbeit verwenden werde. Als Erfolgsmaßstab werde u. a. die Anzahl der angemeldeten Teilnehmer sowie die effektive Nutzbarkeit des Pools herangezogen.

Der Oberbürgermeister fügt ergänzend hinzu, dass der Prozess der Bürgerbeteiligung auch stark von externen Mitarbeitern evaluiert worden sei.

Frau Dr. Schröter spricht sich für das Experiment aus, denkt jedoch, dass man für aktive Beteiligung immer eine Motivationsgrundlage benötige.

Herr Jonas ergänzt, dass Bürger im Zuge ihrer Anmeldung auch bestimmte Interessengebiete angeben können. Im Falle einer Bürgerbeteiligung würden dann vermehrt Bürger ausgewählt werden deren Interessengebiete sich mit dem aktuellen Thema decken. Er stellt hierbei noch einmal klar, dass sich jeder Bürger weiterhin beteiligen kann und niemand ausgeschlossen werde, der Beteiligungspool solle diesen Personenkreis nur erweitern bzw. ergänzen.

Herr Finken befürwortet den Versuch die Teilnehmerzusammensetzung bei Beteiligungsverfahren ausgeglichener zu gestalten, sieht jedoch die Umsetzung als problematisch an.

Auf die erneute Nachfrage von Herrn Weber, ob es für die im Mai ausgefallene Fachtagung einen Ersatztermin gebe, erklärt Herr Jonas, dass ein Ersatztermin für Februar 2018 in Planung sei.

Da der Zeitraum, in dem sich registrierte Bürger in dem Beteiligungspool befinden auf ein Jahr begrenzt ist, schlägt Frau Dr. Müller vor, dass bereits geplante Beteiligungsverfahren für diesen Zeitraum in die Anschreiben an die Bürger mit aufgenommen werden sollten. Sie ist der Meinung, dass viel für die Testdauer von einem Jahr spreche, regt aber an die Dauer auf 2 Jahre zu verlängern, um den hohen Aufwand bei der Gewinnung von Bürgern für diesen Pool zu verringern.

Der Oberbürgermeister erläutert, dass für den Modellversuch ohnehin eine Dauer von 2 Jahren angedacht sei.

Herr Jonas erläutert, die Beteiligungsschwelle liege höher, je länger der Zeitraum gefasst werde. Es sollen am Ende des ersten Jahres aber alle im Beteiligungspool befindlichen Personen erneut angeschrieben werden, um zu erfragen, ob sie ihre Anmeldung für ein weiteres Jahr verlängern möchten. So soll der Folgeaufwand minimiert werden.

Herr Schultheiß spricht sich für das gewählte Modell aus. Die Mitgliederauswahl des Beteiligungsrates sei nach demselben Modell geschehen und habe sehr gut funktioniert. Er schlägt weiterhin vor, den Beteiligungsrat mit einzubeziehen und hinterfragt den Unterschied zwischen dem Beteiligungsrat und dem Beteiligungspool.

Herr Jonas erklärt daraufhin, dass der Beteiligungsrat regelmäßig Sitzungen abhalte, der Beteiligungspool jedoch kein dauerhaftes Gremium sei. Die Teilnehmer des Beteiligungspools würden nur punktuell bzw. zu einem Beteiligungsverfahren aktiv werden.

Herr Sändig habe die Erfahrung gemacht, dass die Bevölkerung Potsdams, die etwas bewirken möchte, bisher immer ein Instrument dafür gefunden habe. Eine zusätzliche Animation sei daher vielleicht gar nicht nötig. Da es sich hierbei aber um einen Modellversuch handle, signalisiert er seine Zustimmung.

Herr Jonas stimmt dem tendenziell zu. Stark engagierte Bürger und Bürgerinnen bringen sich immer gut ein. Mit dem Modellversuch wolle man versuchen auch die Personen zu aktivieren, die sich bislang nicht intensiv beteiligt hätten.

Frau Armbruster unterstützt das Vorhaben, neue Verfahren zu entwickeln, regt aber dazu an, eventuell bestimmte Personengruppen, die sich derzeit schon z.B. als sachkundige Einwohner engagieren, aus dem Beteiligungspool herauszuhalten. Ein weiteres Problem sieht sie darin, neue Bürger und Bürgerinnen zu aktivieren, ohne Anreizmechanismen zu haben.

Herr Jonas erklärt weiter, dass die Bürger im Zuge des Anmeldeverfahrens neben Interessengebieten auch persönliche Umstände wie anerkannte Behinderungen mit angeben können. Dies ermögliche später eine bessere Auswahl von Personen aus dem Pool. Die Bürgerbeteiligung könne so repräsentativer gestaltet werden, als dies bisher der Fall sei. Ein gezieltes Ausgrenzen von bestimmten Personen oder Personenkreisen, wie es von Frau Armbruster angeregt wurde, sei jedoch weder möglich noch gewollt.

Frau Dr. Müller spricht sich dafür aus, das Experiment durchzuführen, da alle Beiträge bisher nur theoretisch waren und „echte“ Ergebnisse nur durch den Versuch ermittelt werden könnten.

Der Oberbürgermeister äußert sich erstaunt über den regen Gesprächsbedarf zum Thema Bürgerbeteiligung und geht davon aus, dass Herr Jonas sicher einige der genannten Vorschläge und Hinweise mit in die Testphase nehmen werde.

Im Anschluss wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

#### **Der Hauptausschuss beschließt:**

**In den Jahren 2018 und 2019 wird modellhaft der verstärkte Einsatz zufallsbasierter Bürgerbeteiligung erprobt. Unter der Bezeichnung „Beteiligungspool“ wird von der WerkStadt für Beteiligung ein zweijähriger Modellversuch durchgeführt.**

**Begleitend zum Modellversuch wird dieser evaluiert, so dass eine Feinabstimmung des Verfahrens noch in der Modelllaufzeit möglich ist. Die Teilnahme an konkreten Beteiligungsverfahren bleibt auch künftig allen Interessierten offen und ist ausdrücklich nicht auf Personen aus dem „Beteiligungspool“ beschränkt.**

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei einer Stimmenthaltung.

#### **zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.1        Touristischer Marketingplan 2018**

**Vorlage: 17/SVV/0854**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Frau Dr. Müller wundert sich, warum der Touristische Marketingplan nur auf festgelegte Zielgruppen fokussiert ist. Es gebe noch mehr Einwohner in Potsdam

als „Intellektuelle Kulturliebhaber“, „Genussorientierte Naturliebhaber“ oder „Qualitätsbewußte Entschleuniger“, die nicht zwischen 49 und 53 Jahren alt seien und für die auch ein kulturelles und touristisches Angebot bestehen solle. Weiterhin fragt sie, ob sich die im Marketingplan aufgeführten Partnerschaften wie unter anderem die „Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“ auch ausreichend finanziell beteiligen würden.

Herr Jennert, Geschäftsführer der Potsdam Marketing und Service GmbH (PMSG), antwortet, dass die Themen der Tourismusinformation klar definiert seien und sich die Zielgruppen aus standardisierten Verfahren der bundesweiten Marktforschungen zusammen setzen würden. Mit dem UNESCO Welterbe und den vielen Denkmälern sei Potsdam vor allen Dingen für die „Intellektuellen“ interessant. Es wurden auch schon andere Zielgruppen mit Affinität zu Potsdam ergänzt. Weiterhin spreche man über Social-Media bereits zielgruppenübergreifendes Publikum an. Wolle man den Fokus auf eine neue Zielgruppe legen müsste man entsprechende Produkte für diese entwickeln. Bezüglich der im Marketingplan aufgeführten Partnerschaften erwähnt er, dass man mit den Arbeitspartnern im ständigen Austausch sei. Hierbei handle es sich jedoch nicht um finanzielle Partnerschaften, sondern um gegenseitige Hilfeleistungen für die Produktentwicklung und -verbesserung.

Frau Müller fragt nach, ob Familien mit Kindern für die Erschließung als neue Zielgruppe ungeeignet seien.

Herr Jennert erwidert, dass z.B. Ferienwohnungen durchgehend ausgebucht und die Hotels kaum familienfreundlich seien. Das Hauptziel sei es, mehr Angebote in der Nebensaison zu schaffen, da Potsdam im Sommer schon „ziemlich voll“ sei. So sollen das kulturelle Angebot in den Wintermonaten verstärkt und auch mehr Angebote in Richtung Tagungen und Kongresse geschaffen werden.

Frau Armbruster merkt an, dass der Tourismus hauptsächlich von den Angeboten anderer abhängig sei. Daher wünscht sie sich, dass man Schnittstellen zur Vernetzung mit diesen „Dritten“ einrichte und somit ermögliche, „neue Fenster zu öffnen.“

Herr Jennert räumt ein, dass es solche Instrumente bereits gebe. Es gebe Workshops zur touristischen Markenbildung mit den Arbeitspartnern sowie Infoveranstaltungen. Des Weiteren sei im April ein Tourismustag geplant, an dem die Anwesenden die Themen bestimmen. Dadurch solle mehr Kreativität ermöglicht werden.

Herr Friederich erwähnt, dass die Teilnehmerzahl bei diesen Veranstaltungen groß sei. Er hofft, dass zukünftige Termine nicht mit der Stadtverordnetenversammlung kollidierten, um auch Stadtverordneten die Teilnahme zu ermöglichen. Er schlägt vor, dass sich die weitergehende Entwicklung nicht nur auf die Kerngruppe beschränken solle, um keine Potentiale zu verschenken.

Herr Jennert sichert ihm daraufhin zu, dass die Kommunikation mit den Stadtverordneten gewünscht sei und dies in der künftigen Terminfindung berücksichtigt werde.

Frau Dr. Schröder erkundigt sich, warum Angebote wie Theater, Kabarett oder der Nikolaisaal eher im Hintergrund stünden, woraufhin Herr Jennert entgegnet, dass eher größere Veranstaltungen wie Musikfestspiele auf die

Reiseentscheidung Einfluss hätten. Kaum jemand käme nach Potsdam, um ins Theater zu gehen, denn dies könne man auch in anderen Städten. Man arbeite derzeit aber an einem neuen Internetauftritt der Schiffbauergasse.

Frau Müller bittet darum, die Stadtverordneten wieder regelmäßig zu Infoveranstaltungen einzuladen, wie es damals auch geschehen ist.

Damit schließt der Oberbürgermeister den Tagesordnungspunkt ab.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen.**

**zu 4.2      Berichterstattung zum Stand der Umsetzung der Tourismuskonzeption 2025**  
**Vorlage: 17/SVV/0856**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg führt in den Tagesordnungspunkt mit einer Präsentation über die Umsetzung der Tourismuskonzeption 2025 ein. Die Schwerpunkte waren u.a. die Infrastrukturentwicklung, die Kommunikation und Produktentwicklung sowie die Organisation und Kooperation.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Jetschmanegg und Herrn Jennert und schließt den Tagesordnungspunkt.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen.**

**zu 4.3      Schulentwicklungsplanung - 8. Sachstandbericht**  
**Vorlage: 17/SVV/0865**

Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf, sie wird zur **Kennntnis genommen.**

**zu 5        Sonstiges**

Es gibt keine Informationen.